

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 152 bis 153 einfügen:

Denn wir wollen, dass alle einen fairen Beitrag leisten, wenn unser Gemeinwesen finanziert wird und Zukunftsinvestitionen getätigt werden. Hierbei sollen große Vermögen, bei deren Erwerb keine oder nur ermäßigte Steuern erhoben wurden, am stärksten herangezogen werden.

Begründung

Ein verbreiteter Vorbehalt gegen Vermögenssteuern ist die Abwehrhaltung, hier werde der wohlverdiente Besitzstand angetastet. Um die unnötig polarisierten Standpunkte zu versöhnen und die Vermögenssteuer auf eine solidarische Basis zu stellen, sollte eine Doppelbesteuerung hierbei vermieden werden. Es sollte einen Unterschied machen, ob beim Vermögenserwerb bereits Einkommenssteuern, ermäßigte oder keine Steuern gezahlt wurden; entsprechend könnten 3 Vermögenssteuerklassen eingeführt werden, mit Steuersätzen von z.B. 0%, 1% und 2%. Da ein solches Modell noch zu diskutieren ist, taucht es lediglich in dieser Begründung auf; im Antragstext sind nur die grundlegenden Ziele formuliert, die Steuerhöhe in diesem Sinne fair zu gestalten.

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV)